



LET THE RICH PAY

G7 UND G20 VOR DER RENAISSANCE?

Die Clubs der Reichen und der Großen zwischen Anspruch und Realität

Kaum 13 Monate nachdem Barack Obama 2008 zum US-Präsidenten gewählt worden war, bekam er den Friedensnobelpreis verliehen. Wofür genau, blieb unklar – es reichte eigentlich schon, den Kriegspräsidenten George Bush abzulösen. Besonders friedlich wurde Obamas achtjährige Amtszeit allerdings nicht. Bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit hatte Obama mehr Drohnen-Angriffe auf seinem Konto als sein Vorgänger während seiner gesamten Präsidentschaft. Vergleichbar sind die Vorschusslorbeeren 2021 für den neuen Präsidenten Joe Biden. Weltweit und vor allem in Europa werden Wünsche und Sehnsüchte auf die neue Regierung projiziert. Auch die politischen Führungen Italiens und Großbritanniens zeigen das in ihren Präsidentschaften der G20 bzw. G7, jener informeller Clubs zur politischen Koordinierung von Regierungen wichtiger Staaten.



Etienne Girardet/Unsplash

Italien hat für seine diesjährige G20-Präsidentschaft eine geradezu ausufernde Prioritätenliste zusammengestellt unter dem Motto „People, Planet, Prosperity“. ¹ Das entspricht beinahe wortgleich den Prinzipien der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (unter Auslassung von Peace und Partnership). Diese Anlehnung ist sicherlich kein Zufall. Nachhaltigkeit, erneuerbare Energien, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Antwort auf die wirtschaftlichen Corona-Verwüstungen, als Weg aus der Krise. Die Bedürfnisse der Menschen sollen im Zentrum des Wiederaufbaus stehen, die Ungleichheit reduziert, Frauen und die Jugend gefördert, neue Arbeitsplätze geschaffen und soziale Sicherheit und Ernährungssicherheit vorangebracht werden.

Kaum weniger ambitioniert ist die britische G7-Agenda. Den wirtschaftlichen Wiederaufbau führend vorantreiben und „grün“ gestalten, freien und fairen Handel, Klimaschutz und Biodiversität voranbringen, will die Johnson-Regierung, anständige Arbeitsplätze schaffen und die ärmsten Länder unterstützen. ² Und natürlich wollen beide Präsidentschaften den Multilateralismus und seine Werte wieder fördern: die Impfstoff-Entwicklung habe gezeigt, was man gemeinsam erreichen könne. Puristen mögen einwenden, der Begriff „Multilateralismus“ gehöre eigentlich in die Vereinten Nationen, während die exklusiven Klubs der G7 und G20 allenfalls „Plurilateralismus“ machen können. Sei's drum.

Prioritäten versus politische Realität

Man könnte glatt meinen, die Präsidentschaften hätten NGO-Forderungspapiere eins zu eins übernommen. Die

Diskrepanz zwischen ausufernden langen Themenlisten, bei denen die Präsidentschafts-Regierungen gerne Kooperation und konkrete Ergebnisse hätten, und den Realitäten internationaler Politik könnte allerdings kaum größer sein. Es ist ja nicht so, dass in der globalen Politik eitel Harmonie herrschen würde, seit der Störenfried Donald Trump weg ist. Er war bei Weitem nicht der Einzige. Die Zahl der Konflikte und anhaltenden Spannungen bis hin zur offenen Feindschaft allein unter den G20-Regierungen wächst beständig: EU vs. Russland, USA vs. China, Indien vs. China, Australien vs. China, Türkei vs. Saudi-Arabien, EU vs. Großbritannien, Türkei vs. EU usw. usf. In vielen Fragen ist es nahezu unmöglich, diese Akteure zu einer gemeinsamen Politik zu bringen, wenn es dafür nicht handfeste Interessen gibt.

Gemeinsame Interessen sind daher das Stichwort, vor allem für die weltanschaulich sehr unterschiedlichen G20, aber durchaus auch für die G7, den Club der westlichen Demokratien. Abgesehen von China gibt es coronabedingt in allen anderen G20-Ländern teilweise massive Wirtschaftskrisen, deren Ende nicht absehbar ist und die die globalen Lieferketten und Wirtschaftsbeziehungen massiv beeinträchtigen. Die Globalisierung befindet sich im Rückwärtsgang, die Regionalisierung in konkurrierende Blöcke nimmt Fahrt auf. „My country first“, sagt zwar niemand, aber so gut wie alle handeln danach. Wunderdinge sollte man von G7 und G20 auch 2021 nicht erwarten. Dennoch ist die Problemlage in den allermeisten Ländern doch recht ähnlich, sodass es durchaus Ansatzpunkte für eine koordinierte Politik gibt.

Schon 2020 waren die G20 bei allen Differenzen doch immerhin in der Lage, wenigstens begrenzte Schuldenerleichterungen für die am höchsten verschuldeten Staaten zu vereinbaren. Die „Debt Service Suspension Initiative“ (DSSI) hat Schuldentrückzahlungen der ärmsten Länder bis Ende 2020 ausgesetzt und dadurch in einigen Ländern durchaus wichtige Spielräume geschaffen. Mit dem „G20 Common Framework for Debt Treatments Beyond the DSSI“ soll zudem ein Rahmen für echte Schuldenerlasse über das Schuldenmoratorium hinaus geboten werden. Das Rahmenwerk enthält jedoch bislang lediglich Absichtserklärungen sowie unverbindliche Forderungen an multilaterale und private Gläubiger, sich zu beteiligen. Wirksame Hebel, diese Beteiligung nötigenfalls zu erzwingen, fehlen. Zudem sind die Maßnahmen weiterhin nur auf die ärmsten Länder beschränkt. Viele kritisch verschuldete und von der Corona-Wirtschaftskrise betroffene Mitteleinkommensländer sind von den Maßnahmen ausgeschlossen. Dieses Thema bleibt auf der Tagesordnung, und Lösungen können kaum verbart werden, weil die Zahlungsausfälle ja auch ein Problem für die Gläubiger sind. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt vor der drohenden Gefahr eines verlorenen Entwicklungsjahrzehnts, ausgelöst durch die sich weiter zuspitzende Schuldenlage und daraus folgende Staatspleiten in Entwicklungsländern.

Priorität #1: die Wirtschaftskrise

2021 steht die Überwindung der schweren Wirtschaftskrise ganz oben auf der Agenda. Die dramatisch steigenden Staatsschulden sind, abgesehen von China, überall ein enormes Problem. Vor allem für die G7-Staaten stellen sich angesichts der gewaltigen Summen, die die Zentralbanken jetzt in die Märkte pumpen, eine Reihe gemeinsamer Probleme. Allein die Europäische Zentralbank (EZB) pumpt mit dem „Pandemic Emergency Purchase Program“ (PEPP) 1,85 Billionen Euro bis März 2022 in die Märkte. Diese Abermilliarden verschärfen den „Anlagenotstand“ weiter und treiben Aktienkurse und Immobilienwerte in immer neue Höhen, und das mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Finanzmärkte und Realwirtschaft driften immer weiter auseinander. Als Folge nimmt die wirtschaftliche Ungleichheit noch schneller zu. Das Gespenst der Inflation erscheint wieder am Horizont.

Wie man aus dieser Problemspirale herauskommen soll, ist allerdings alles andere als trivial. Den sprudelnden Geldhahn wieder zuzudrehen, ist kurzfristig auch keine Lösung. Der kleinste gemeinsame Nenner, den man bei den G20 finden muss, dürfte deshalb kaum innovative Elemente enthalten. So viel zeichnet sich bereits ab: Zur Bewältigung der Coronafolgen wird der Fokus der G20 auf Infrastrukturinvestitionen noch verstärkt, und dafür soll der Privatsektor noch stärker herangezogen werden, da die Regierungen ja jetzt noch knapper bei Kasse sind. Der 2018 in Buenos Aires beschlossene Schwerpunkt „Infrastruktur als Anlageklasse“ ist dafür zentral, und natürlich sollen diese Infrastrukturinvestitionen nachhaltig geschehen. Geplant ist ein Roundtable der Finanzminister mit den Chefs der wichtigsten Investmentfonds, um zu beraten, wie man nachhaltige Infrastrukturinvestitionen am besten gestaltet.

Ein wenig erinnert das an die Geschichte vom Zauberberlehrer. Früher schufen Staaten selbst die öffentliche Infrastruktur, und nach welchen Kriterien sie das taten, definierten sie auch selbst. Heute sollen dies immer stärker Privatinvestoren tun, und damit sie es tun, muss das Anlageobjekt natürlich Rendite abwerfen. Wie man das nachhaltig gestaltet, wissen die BlackRocks offenbar besser als die Regierungen. Schöne neue neoliberale Welt.

Fortschritte sind durchaus möglich

Aber vielleicht führen außergewöhnliche Situationen auch zu außergewöhnlichen Ergebnissen. Exorbitante Vermögenszuwächse bei den ohnehin Reichen und krasse Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand könnten dazu führen, dass es bei der Bekämpfung von Steuervermeidung und Finanzspekulation Fortschritte geben könnte. Die Debatte um die Finanztransaktionssteuer ist zurück. In der EU und sogar den USA zeigt sich eine steigende Sympathie für diese effektive Art der Besteuerung, die zur Finanzierung der Coronakosten herangezogen werden kann. Sie hätte zudem den Vorteil, dass die zu erwartenden Steuereinnahmen für einen willkommenen Vermögenstransfer von den Reichen zu den Armen sorgen könnten. Möglicherweise gibt es sogar Fortschritte bei der Besteuerung von multinationalen Digitalunternehmen oder bei international vereinbarten Mindeststeuersätzen für Unternehmen. Hier könnten die Clubformate der G7 und G20 tatsächlich Potenzial für internationale Kooperation an den Tag legen.

Allerdings zeichnet sich bereits ab, dass auch für die neue US-Regierung die Eindämmung Chinas ein zentrales außenpolitisches Ziel ist, und dass die britische Regierung die G7 schrittweise zu einem größeren „Club der Demokratien“ machen will. Ein Teil des G7-Gipfels ist als „D10“ mit Indien, Südkorea und Australien geplant, wobei D für „Demokratien“ steht. Ob das zu mehr Multilateralismus führt oder zu einer Neuauflage des Kalten Krieges nach dem Motto „der Westen gegen den Rest“, ist dabei durchaus offen.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt & Entwicklung.

1 <https://www.g20.org/en/priorita.html>

2 <https://www.g7uk.org/policy-priorities/>

RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

1/2021

GLOBALISIERUNG '21 NEUE REZEPTUR, ALTE PROBLEME

VERHANDLUNGEN IN ALLER STILLE

Globale Umweltdiplomatie
in Zeiten der Pandemie

› Seite 25

G7 UND G20 2021

Die Clubs der Reichen
und der Großen zwischen
Anspruch und Realität

› Seite 22

BREXIT-DEAL

Demokratische Kontrolle
bleibt auf der Strecke

› Seite 9

KLIMANEUTRALES EUROPA

Was kann ein Kohlenstoff-
grenzausgleich leisten?

› Seite 13

ISSN 1864-0982